

Protokoll

über die **Sitzung des Sozialausschusses des Kreistages**

vom 13.11.2023

im im Zentrum für Arbeit, Soziales und Jugend in Wittmund, Dohuser Weg 34, Raum
Harlingerland

Anwesend:

Vorsitzender

Ihnen, Enno

Mitglieder

Becker, Torsten

Behrends, Friedrich

Feldmann, Petra

Freimuth, Erwin

ab TOP 7

Frerichs, Gerhard

Gierszewski, Olaf

bis einschließlich TOP11

Kleen-Koopmann, Christa

Lohfeld, Hans-Hermann

bis einschließlich TOP11

Lübben, Simon

Stehle, Doris

Sachverständige(r)

Kirchhoff, Hans-Günther

Remmers, Lars

von der Verwaltung

Heymann, Holger

Cassens, Uwe

Tammeus, Malte

Lütke-meier, Claudia

Becker, Jan

Garlichs., Karin

Klöker, Ralf

Hennig, Ilona

Protokollführung

Janssen, Thea

Fehlend:

Mitglieder mit beratender Stimme

Wigge, Frank

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.00 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, den Landrat, die Gäste, die Vertreter der Kreisverwaltung sowie die zahlreichen Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß ergangen und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der vorhergegangenen Sitzung vom 11.05.2023

Das Protokoll der Sitzung vom 15.05.2023 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Frau H. aus Friedeburg und Frau H. aus Horsten stellen verschiedene Fragen zum Thema Gewalt gegen Frauen.

Der Landrat verweist auf Tagesordnungspunkt 7. Hier werden verschiedene Referenten zu dem Thema vortragen. Im Anschluss wird Raum für weitere Fragen gegeben werden.

**TOP 6 Verpflichtung der beratenden Mitglieder in den Ausschüssen
Vorlage: 0119/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Nachdem Herr Remmers mit Beschluss des Kreistages vom 05.10.2023 zum Sachverständigen für soziale Angelegenheiten berufen wurde, wird er nunmehr vom Landrat verpflichtet seine Aufgaben als Mitglied des Sozialausschusses nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten.

Die Verpflichtungserklärung wird unterzeichnet und die Gesetzestexte entsprechend ausgehängt.

Der Vorsitzende wünscht Herrn Remmers viel Erfolg bei seiner Tätigkeit als Sachverständiger.

**TOP 7 Gewalttaten, Gewaltprävention sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im Landkreis Wittmund
Vorlage: 0120/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Kreistagsabgeordnete Stehle führt in das Thema ein. Gewalt gegen Frauen zu tolerieren und wegzusehen, ist keine Option. Der gefährlichste Ort in diesem Zusammenhang ist das eigene Zuhause. Laut einer Erhebung aus dem Jahr 2019 fehlten deutschlandweit 14.600 Schutzplätze für Frauen.

Herr Ulferts, der neue Leiter des Polizeikommissariats Wittmund, stellt anhand der anliegenden Präsentation Zahlen zur Gewaltkriminalität aus den Jahren 2018 bis 2022 vor. Lt. der Statistik haben in diesem Zeitraum 166 Frauen Gewalt erfahren durch Vergewaltigung und sexuelle Nötigung/Übergriffe bzw. Raub und räuberischer Erpressung bzw. gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Im gleichen Zeitraum waren 51 weibliche Kinder und Jugendliche Opfer solcher Gewalttaten. Lt. einer Dunkelfeldstudie aus dem Jahre 2021 werden durchschnittlich nur 0,5 % aller erlebten Gewalterfahrungen in (Ex-) Partnerschaften angezeigt. Frauen geben häufig an, nicht zu wissen, dass es sich bei dem Erlebten um eine Straftat handelt.

Rückt die Polizei zu Einsätzen häuslicher Gewalt aus, wird stets die Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS) informiert.

Frau Pflüger von der DRK Frauenberatungsstelle bei Gewalt aus Aurich erläutert anhand der anliegenden Präsentation die Arbeit des Frauenhauses Aurich, der BISS sowie der Frauenberatungsstelle.

Das Frauenhaus nimmt jährlich durchschnittlich 38 Frauen auf, davon kommen 3 bis 4 jährlich aus dem Landkreis Wittmund. Im Frauenhaus können die Frauen zur Ruhe kommen und das Erfahrene reflektieren. Sie erfahren Unterstützung zum Aufbau einer gewaltfreien Lebensperspektive. In diesem Jahr waren bisher 88 % der Schutzsuchenden Migrantinnen. Die damit einhergehenden Sprachbarrieren stellen für die Arbeit im Frauenhaus eine große Herausforderung dar.

Die BISS erhält von jedem entsprechenden Polizeieinsatz in der Regel noch am gleichen Tag eine Information per E-Mail. In der Regel erfolgt spätestens am nächsten Tag eine Kontaktaufnahme zur betroffenen Person. Bei den folgenden Beratungsgesprächen gehe es um Sicherheitsplanung, Existenzsicherung und die Hilfe bei der Verarbeitung von Gewalterfahrungen. Die Beratungsgespräche finden in der Regel in Aurich statt, in Ausnahmefällen in Norden, Wiesmoor oder Wittmund. Im Jahre 2002 ist die BISS mit etwa 225 Polizeimeldungen gestartet. In 2022 lag die Zahl bereits bei 523 Meldungen. Für das Jahr 2023 waren bis einschließlich Oktober bereits 637 Polizeimeldungen abzuarbeiten, davon kamen 142 Meldungen aus dem Landkreis Wittmund. Die Vielzahl der Beratungen ist durch die BISS nur schwer zu leisten, zumal dort nur eine 23-Stunden-Kraft beschäftigt ist.

Die Frauenberatungsstelle bei Gewalt berät Frauen auf Eigeninitiative hin. Hier werden jährlich etwa 220 Frauen beraten, 32 davon kommen aus dem Landkreis Wittmund.

Herr Remmers als Geschäftsführer des Diakonischen Werkes führt an, dass es auch dort eine Lebensberatungsstelle gibt, die verstärkt nachgefragt wird. Termine sind z. T. monatelang im Voraus ausgebucht.

Insgesamt zeigen sich sowohl in der Statistik der Polizei als auch in den Statistiken der Beratungsstellen, des Frauenhauses und des Diakonischen Werkes keine Spitzen während der Coronazeit. Entgegen der medialen Berichtserstattung können sämtliche Stellen hier vor Ort nicht von einem erhöhten Gewaltaufkommen während dieser Zeit berichten.

Herr Erster Kreisrat Cassens berichtet anhand des anliegenden Vermerkes, dass von etwa einem Drittel der Fälle aus dem Landkreis Wittmund in den letzten Jahren das Frauenhaus Aurich aufgesucht wurde. In den überwiegenden Fällen erfolgte eine Unterbringung (deutschlandweit) in überregionalen Frauenhäusern. Dies lag u. a. auch darin begründet, dass nur so der erforderliche Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen sichergestellt werden konnte. Die entstehenden Kosten im Frauenhaus erstattet der Landkreis Wittmund dem jeweiligen Frauenhaus.

Frau Henning berichtet, dass auch sie sich im Bereich Gewalt gegen Frauen engagiert. Entsprechende Kontakte zu den Beratungsstellen bestehen. Sie verweist auch auf das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“, das unter der Nummer **116 016** rund um die Uhr zu erreichen ist. Das Beratungsangebot ist anonym, kostenfrei, barrierefrei und in 18 Fremdsprachen verfügbar. Entsprechendes Infomaterial stellt Frau Henning gern zur Verfügung.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Referenten für die umfassenden Informationen.

Kreistagsabgeordnete Stehle erkundigt sich nach den möglichen Maßnahmen bei häuslicher Gewalt durch die Polizei. Herr Ulferts berichtet, dass die Polizei den Täter bzw. die Täterin der Wohnung verweisen kann und ein Rückkehr- und Betretungsrecht aussprechen kann. Dieses gilt für maximal 14 Tage. Das Gericht hat die Möglichkeit solche Maßnahmen zu verlängern.

Kreistagsabgeordnete Stehle macht nochmal deutlich wie wichtig das Thema ist. Ihres Erachtens ist die BISS personell unterbesetzt. Hier wäre eine Personalaufstockung dringend erforderlich. Die weiten Wege zu einer Beratung nach Aurich sind für die Frauen aus dem Landkreis Wittmund teilweise nicht zu bewältigen, daher ist ein Beratungsangebot vor Ort im Landkreis Wittmund anzustreben.

Der Landrat bedankt sich bei den Referentinnen für ihre wertvolle Arbeit. Ein Ausbau des Beratungsnetzes sei sicherlich wünschenswert. Inwieweit dies umgesetzt werden könne, müsse die Politik prüfen.

Da die Referentinnen zu dem Thema Anschlusstermine haben, wird die Einwohnerfragestunde zu diesem Thema vorgezogen.

Frau H. aus Friedeburg bemerkt, dass der Landkreis Wittmund ein weißer Fleck in Niedersachsen sei, hinsichtlich dem Vorhalten von Frauenhäusern. Da es auch im Landkreis Wittmund einen Bedarf gibt, fordert sie die Errichtung eines Frauenhauses.

Der Landrat entgegnet, dass es seines Erachtens keinen ungedeckten Bedarf gebe, der Bedarf werde durch die umliegenden Frauenhäuser gedeckt. Er sehe vielmehr einen Bedarf an zusätzlicher Beratungsstruktur.

Frau H. berichtet, dass im Landkreis Ammerland erst vor einigen Jahren ein Frauenhaus errichtet wurde, hieran kann sich der Landkreis Wittmund orientieren. Weiter erkundigt sie sich nach den Kosten eines Frauenhauses. Herr Erster Kreisrat Cassens berichtet, dass Frauenhäuser finanziell vom Land Niedersachsen unterstützt werden, weiter zahlt der jeweils örtlich zuständige Sozialhilfeträger die Kosten, die durch die Unterbringung der Frauen aus seinem Zuständigkeitsbereich entstehen.

TOP 8 Weiterbetrieb des Willkommenszentrums Wittmund Vorlage: 0125/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Erster Kreisrat Cassens stellt in Vertretung von Herrn Börgmann die anliegende Präsentation vor.

Im Landkreis Wittmund leben derzeit 2.285 Ausländer mit einem Fluchthintergrund - im Jahr 2015 waren es noch 793. Die Zuweisung in den Landkreis erfolgt nach einer festgelegten Quote. In den Sommermonaten erfolgten zweitweise wöchentliche Zuweisungen von 15 bis 20 Personen, derzeit werden wöchentlich etwa 5 Personen zugewiesen. Die zugewiesenen Personen stammen überwiegend aus Kolumbien (sämtliche aus Kolumbien geflüchtete Personen werden in Niedersachsen aufgenommen), Syrien, Afghanistan und der Türkei. Fast alle Zuweisungen erfolgen in das Willkommenszentrum Wittmund. Das Willkommenszentrum wird vom DRK Wittmund betrieben. Durch das Willkommenszentrum werden die ersten Be-

hördenkontakte hergestellt und die Geflüchteten bekommen ärztliche Unterstützung. Das Willkommenszentrum leistet so einen wichtigen Beitrag, um den geflüchteten Menschen gerecht zu werden.

Durch den Willkommensdienst der AWO werden die Geflüchteten dann in dezentrale Wohnungen vermittelt.

Kreistagsabgeordneter Lübben zeigt sich vom Betrieb des Willkommenszentrums überzeugt. Prozesse könnten so vereinfacht werden.

Kreistagsabgeordneter Lohfeld weist darauf hin, dass sich die Zusammenarbeit mit dem DRK bewährt hat und der Betrieb daher vorgeführt werden sollte.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Das Willkommenszentrum Wittmund ist für die Erstaufnahme von Geflüchteten bis auf weiteres vorzuhalten.

TOP 9 Vorstellung und Finanzierung der Projekte „Mama lernt Deutsch“ und „Sprachmittler knüpfen an“ Vorlage: 0132/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Becker führt in das Thema ein. Zertifizierte Sprach- und Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden durch die Volkshochschule angeboten. Da die Anforderungen an solche Kurse durch das BAMF sehr hoch gesteckt werden, sind die Wartezeiten für die Geflüchteten sehr lang. Über das Projekt „Sprachmittler knüpfen an“ kommen niedrigschwellig Dolmetschende zum Einsatz, die beispielsweise bei behördlichen Terminen, Elterngesprächen oder Arztbesuchen die Kommunikation zwischen Personen unterschiedlicher Sprache und Kultur ermöglichen.

Frau Bohlen, als Dozentin im Team Friedeburg, stellt das Projekt „Mama lernt Deutsch“ vor. Etwa 10 Frauen mit ihren kleinen Kindern werden einmal wöchentlich betreut. Es handelt sich z. Z. überwiegend um syrische Frauen, die meist Analphabeten sind. Die Frauen können daher nur sehr kleinschrittig an unser Zeichensystem und die deutsche Sprache herangeführt werden. Vorrangig werden Sprachbegriffe für den Alltag vermittelt. Neben dem Erlernen der deutschen Sprache haben die Frauen so die Gelegenheit soziale Kontakte außerhalb des familiären Umfeldes zu knüpfen. Außerdem bietet das Angebot eine soziale Plattform für die Frauen um sich auszutauschen über Kinder, Schule, Ernährung, Krankheit etc.

Herr Hermjakob berichtet, dass am 15.11. ein neuer Kurs „Mama lernt Deutsch“ in Blomberg starten wird. Ein Team aus 2 Dozenten und zwei Betreuungskräften wird sich zweimal in der Woche um die Frauen mit ihren Kindern kümmern.

Kreistagsabgeordnete Stehle dankt den Dozenten und Betreuungskräften für ihre wertvolle Arbeit. Auf die Frage nach Transportdiensten wird berichtet, dass jeweils Fahrdienste eingerichtet sind, die die Frauen mit ihren Kindern zu den Kursorten bringen. Weiter erkundigt sie sich nach der möglichen Therapiebegleitung durch Sprachmittler. Herr Becker berichtet, dass die Mitarbeiterinnen der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe zu einem entsprechenden Verein Kontakt aufgenommen haben. Bisher hat es noch keine entsprechende Qualifizierung gegeben, da es erst einmal eine entsprechende Nachfrage gegeben hat, die dann doch wieder zurückgezogen wurde.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Die Projekte „Mama lernt Deutsch“ und „Sprachmittler knüpfen an“ sind fortzuführen. Die notwendigen Haushaltsmittel sind im jeweiligen Haushalt einzuplanen. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt weiterhin die notwendigen Fördermittel zu beantragen.

**TOP 10 Bericht über das laufende Jahr und Ausblick auf die Mittelbewirtschaftung und Maßnahmenplanung 2024 des Jobcenters
Vorlage: 0118/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Frau Lütke-meier berichtet vom „Tag der Jobcenter“ Anfang November in Berlin. Herr Heil habe mit seiner Äußerung: „Man hat den Eindruck, dass die Welt aus den Fugen geraten ist und die Jobcenter spüren die Konsequenzen in ihrer täglichen Arbeit. Hohe Belastung, permanenter Stress: Wir muten ihnen viel zu, manchmal zu viel!“ den Jobcentern aus der Seele gesprochen.

Die große Fluchtbewegung schutzsuchender Menschen (Ukraine, Syrien, Afghanistan) hat auch im Jobcenter Wittmund dazu geführt, dass ein hoher Anteil (beinahe 40 %) ausländischer Mitbürger von hier Leistungen erhält. Die vorhandenen Sprachprobleme erschweren in allen Bereichen des Jobcenters die tägliche Arbeit. Ohne den Einsatz von Sprachmittlern wäre der Aufwand noch größer.

Durch die in der Beschlussvorlage aufgelisteten Maßnahmen gelingt es dem Jobcenter immer wieder auch Langzeitarbeitslose in Arbeit zu integrieren. Es ist immer wieder ein langer und teils schwieriger Prozess die arbeitslosen Menschen teils mit multiplen Vermittlungshemmnissen zum selbstbestimmten Leben zu führen.

Vom Bestand des Jobcenters sind weniger als 1 % der Kunden Fachkräfte, für die der Arbeitsmarkt freie Stellen anbietet. Arbeitsmarktnahe Kunden mit Einschränkungen sind etwa 4% im Bestand, hingegen sind 51 % marktferne Kunden im Bestand. 44 % der Leistungsbezieher sind sogenannte Passivkunden (Schüler, Auszubildende, Hilfebedürftige durch zu geringes Einkommen für die gesamte Familie).

Aktuell werden vom Jobcenter rd. 3.600 Personen in 1.750 Bedarfsgemeinschaften betreut. 2400 Personen sind erwerbsfähige Leistungsbeziehende, das sind rund 200 Personen mehr als im Vorjahr.

Haushaltsmittelkürzungen sind nicht vorgesehen, allerdings stehen nur gleichhohe Mittel wie im Vorjahr für die gestiegene Anzahl Leistungsbeziehender zur Verfügung.

Der Vorsitzende dankt Frau Lütke-meier für ihre Ausführungen.

Kreistagsabgeordneter Lüb-ben erkundigt sich, ob weniger hohe Leistungen mehr Kunden in Arbeit bringen würden.

Frau Lütke-meier entgegnet, dass jemand der keine Arbeit und dadurch keine Integration mehr hat, sich aus der Gesellschaft heraus organisiert, was schlimme Auswirkungen auf uns in unseren Landkreisen, Städten und Gemeinden hat.

Arbeit ist nicht nur Geld verdienen, sie beinhaltet soziale Kontakte und ist Teilhabe an der Gesellschaft und am Leben.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Der vorgelegten Maßnahmenplanung für 2024 wird grundsätzlich zugestimmt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Maßnahmeplanung umzusetzen und bei Bedarf Mittel aus dem Eingliederungsbudget in das Personal- und Verwaltungskostenbudget umzuschichten.

**TOP 11 Sachstand zur Kindergrundsicherung und Auswirkungen auf den Landkreis (Anfrage der Gruppe RotGrünPlus) und Sachstand Rechtskreiswechsel unter 25-Jährige im Bürgergeldbezug
Vorlage: 0117/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Frau Lütke-meier berichtet, dass der geplante Rechtskreiswechsel u 25 verworfen wurde. Herr Heil berichtete hierzu am Tag der Jobcenter: „Aufgrund der berechtigten Kritik ziehen wir die entsprechenden Konsequenzen. Hier muss ich Fehler eingestehen.“
Um dennoch die Mittel einzusparen erfolgt ab 2025 ein Zuständigkeitswechsel im Bereich Rehabilitation und Fortbildung zur beruflichen Weiterbildung. Auch zu diesem Vorhaben gibt es Proteste, allerdings verhaltener. Inwieweit die Vorhaben umgesetzt werden bleibt abzuwarten

Zum Bereich der Kindergrundsicherung zitiert Frau Lütke-meier eine Pressemitteilung des Deutschen Landkreistages: „Es führt zu einem vollkommen übereilten Bürokratieaufbau. Wir setzen auf den Bundesrat und unterstützen die Länder, diesem Vorhaben nicht zuzustimmen. Ohne Not wird versucht, das bewährte System der Jobcenter zu umgehen und Teile von deren Leistungen über die Familienkassen auszuführen. Zugleich bleiben die Jobcenter parallel zuständig, das wird ein Verwaltungs-Desaster.“ Auch hier bleibt die Entwicklung abzuwarten.

Der Vorsitzende dankt Frau Lütke-meier für ihre Ausführungen.

**TOP 12 Bericht der Koordinierungsstelle Gesundheitsregion
Vorlage: 0134/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Frau Garlichs erläutert nochmals die einzelnen Punkte der Sitzungsvorlage. Die geförderten Projekte „Landpartie“ und „Famulatur – Projekt für Zahnärzte“ werden sehr gut in Anspruch genommen. Gerade durch ein akademisches Lehrkrankenhaus erhoffe man sich nochmal einen Schub für die Region.

Kreistagsabgeordnete Stehle erkundigte sich inwieweit schon Ärzte/Zahnärzte durch die Projekte für die Region gewonnen werden konnten.

Frau Garlichs erwidert, dass hierzu noch keine Aussagen gemacht werden könnten, die Studiengänge sind sehr langwierig. Mit „Früchten“ aus den Praktika könne erst in einigen Jahren gerechnet werden.

TOP 13 Verschiedenes

./.

TOP 14 Einwohnerfragestunde

Da die Referenten aufgrund von Anschlusssterminen nicht bis zum Ende der Sitzung bleiben konnten, wurden die Anfragen der Einwohner bereits im Laufe der Sitzung gestellt, beantwortet und auch dort protokolliert.

Frau Kriwett, 2. Vorsitzende der Tafel Wittmund, teilt mit, dass die Tafel eine sehr starke Nachfrage erlebt. Neben den vielen geflüchteten Mitbürgern wird die Tafel auch stark von einheimischen zum Teil hochbetagten Mitbürgern in Anspruch genommen. Um all den Ansprüchen gerecht zu werden bittet Frau Kriwett um Unterstützung für die Tafel sowohl mit Sachspenden als auch mit ehrenamtlichem Engagement.

Der Landrat dankt Frau Kriwett für ihre Ausführungen und ihr ehrenamtliches Engagement. Er bittet die Politik für die Arbeit der Tafeln zu werben.

Weitere Anfragen erfolgen nicht.

TOP 15 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.30 Uhr.

Enno Ihnen	Holger Heymann	Thea Janssen
Vorsitzende(r)	Landrat	Protokollführer(in)